Anfrage öffentlich	Datum 26.02.2026	Nummer F0061/26

Absender Stadtrat Dennis Jannack **Fraktion Die Linke**
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris

Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	26.02.2026

Kurztitel Umgang mit Schulabsentismus in Magdeburg - Prävention stärken statt Eskalation verwalten

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Schulabsentismus ist kein individuelles Versagen, sondern häufig das sichtbare Symptom sozialer Ungleichheit, psychischer Überlastung und struktureller Ausgrenzung. Wer die Schule meidet, tut dies selten aus Bequemlichkeit. Viel häufiger stehen Armut, beengte Wohnverhältnisse, familiäre Krisen, psychische Erkrankungen oder Mobbingerfahrungen dahinter. Schulabsentismus ist damit ein sozialer Indikator. Er zeigt, wo gesellschaftliche Versprechen auf Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit nicht eingelöst werden.

Die Daten des Robert Koch-Institut machen deutlich, dass psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen seit Jahren auf hohem Niveau liegen und sozial ungleich verteilt sind. Kinder aus einkommensarmen Haushalten sind deutlich häufiger betroffen. Wer in Armut aufwächst, trägt ein erhöhtes Risiko für depressive Symptome, Angststörungen oder psychosomatische Beschwerden. Diese Belastungen wirken unmittelbar auf die Fähigkeit, Schule regelmäßig zu besuchen und den Anforderungen standzuhalten. Schulvermeidung ist in solchen Fällen nicht Regelbruch, sondern Ausdruck realer Überforderung.

Gleichzeitig beobachten wir eine Verschiebung der Debatte. Statt die sozialen Ursachen zu benennen, wird Schulabsentismus häufig individualisiert und ordnungsrechtlich behandelt. Bußgelder treffen jedoch vor allem Familien mit geringem Einkommen. Sie verschärfen finanzielle Notlagen, ohne die zugrundeliegenden Probleme zu lösen. Eine Politik, die Armut mit Sanktionen beantwortet, produziert weitere Ausgrenzung statt Stabilisierung.

Schule ist für viele Kinder kein neutraler Ort. Leistungsdruck, soziale Selektion und fehlende Unterstützung verstärken bestehende Ungleichheiten. Wer bereits benachteiligt ist, erlebt Misserfolg häufiger und früher. Ohne ausreichende Schulsozialarbeit, ohne gut ausgestattete Jugendhilfe, ohne niedrigschwellige psychosoziale Hilfen werden individuelle Krisen schnell zu dauerhafter Bildungsbenachteiligung. Schulabsentismus ist dann nicht Ursache, sondern Folge eines Systems, das soziale Unterschiede reproduziert.

Für die Landeshauptstadt Magdeburg stellt sich daher eine zentrale politische Frage: Reagieren wir auf Schulabsentismus mit Verwaltung und Sanktion oder mit Prävention, Stabilisierung und sozialer Investition? Wird Schulabsentismus als Ordnungsverstoß betrachtet oder als Warnsignal für unzureichende Unterstützung in einem sozial gespaltenen Umfeld?

Schulabsentismus ist damit keine Randerscheinung, sondern eine soziale Gerechtigkeitsfrage. Vor diesem Hintergrund bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen.

Vor diesem Hintergrund frage ich sie:

1. Wie viele Fälle von Schulabsentismus wurden in der Landeshauptstadt Magdeburg in den Schuljahren 2019/20 bis 2024/25 registriert?
2. Wie viele dieser Fälle führten zu ordnungsrechtlichen Maßnahmen (z. B. Bußgeldverfahren, Zwangsgeld oder Zuführung)?
3. Wie viele Verfahren wurden eingestellt und aus welchen Gründen?
4. Liegen Erkenntnisse zur sozialräumlichen Verteilung innerhalb des Stadtgebiets vor?
5. In wie vielen Fällen wurden psychische Erkrankungen oder erhebliche psychosoziale Belastungen als Ursache benannt oder festgestellt?
6. Gibt es ein standardisiertes Verfahren zur Einschätzung psychosozialer Problemlagen im Kontext von Schulabsentismus?
7. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendamt, Schulpsychologischem Dienst und dem Gesundheitswesen strukturell geregelt?
8. Wie werden Schulsozialarbeit und freie Träger der Jugendhilfe konkret in Fällen von Schulabsentismus eingebunden?
9. Gibt es verbindliche Kooperationsvereinbarungen, Fallkonferenzen oder abgestimmte Verfahren unter Beteiligung freier Träger?
10. Wie bewertet die Stadt die personelle Ausstattung der Schulsozialarbeit vor dem Hintergrund steigender psychosozialer Belastungen?
11. Welche präventiven Unterstützungsangebote bestehen für betroffene Kinder und deren Familien?
12. In wie vielen Fällen wurde Unterricht zu Hause oder eine alternative Form der Beschulung ermöglicht?
13. Gibt es Modelle einer stufenweisen Reintegration in den Schulalltag?
14. Welche niedrigschwelligen Angebote freier Träger werden in diesem Zusammenhang genutzt oder gefördert?
15. Welche Zielsetzung verfolgt die Stadt im Umgang mit Schulabsentismus - die vorrangige ordnungsrechtliche Durchsetzung oder präventive und sozialpädagogische Intervention?
16. Gibt es ein städtisches Gesamtkonzept oder eine Fortschreibung bestehender Leitlinien?
17. Plant die Stadt angesichts zunehmender psychischer Belastungen zusätzliche Ressourcen für Schulsozialarbeit und Jugendhilfe bereitzustellen?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Beantwortung.

Dennis Jannack
Stadtrat